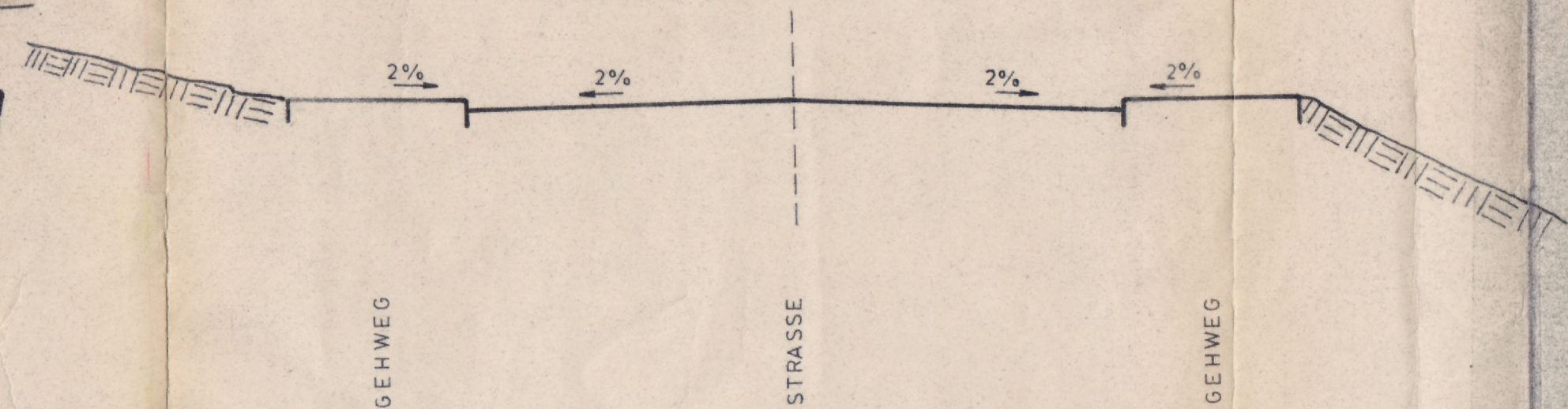
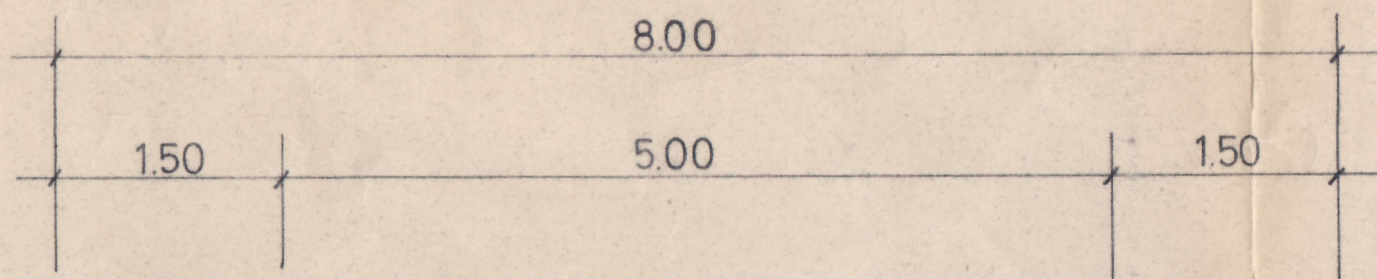


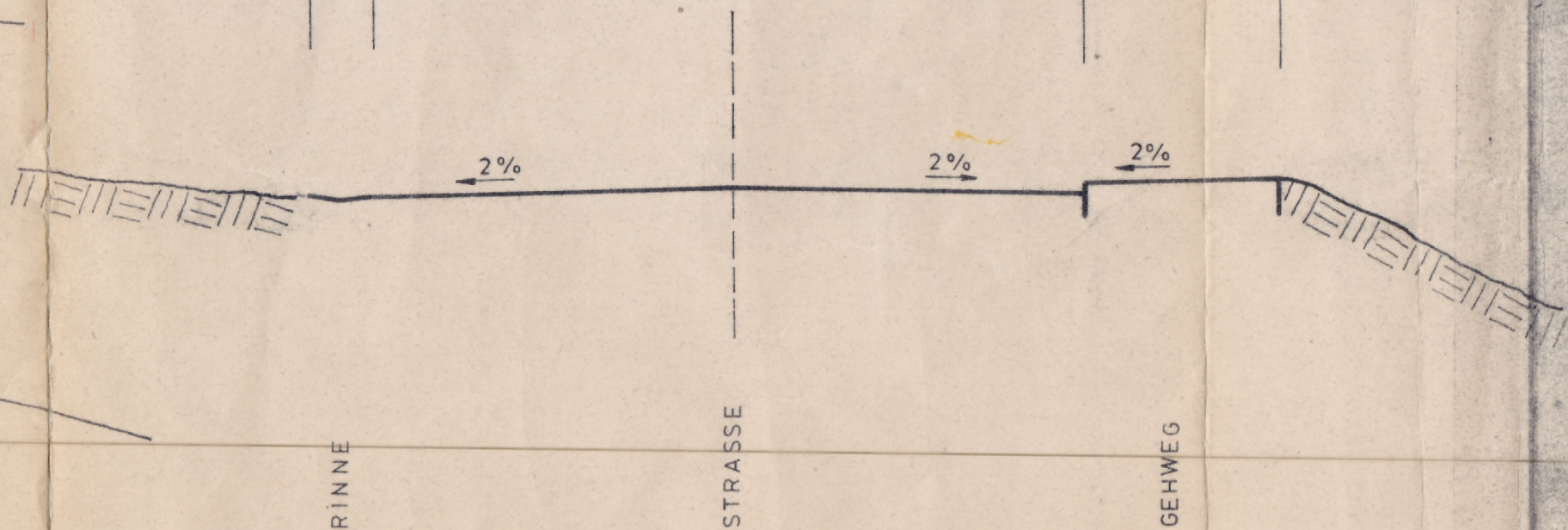
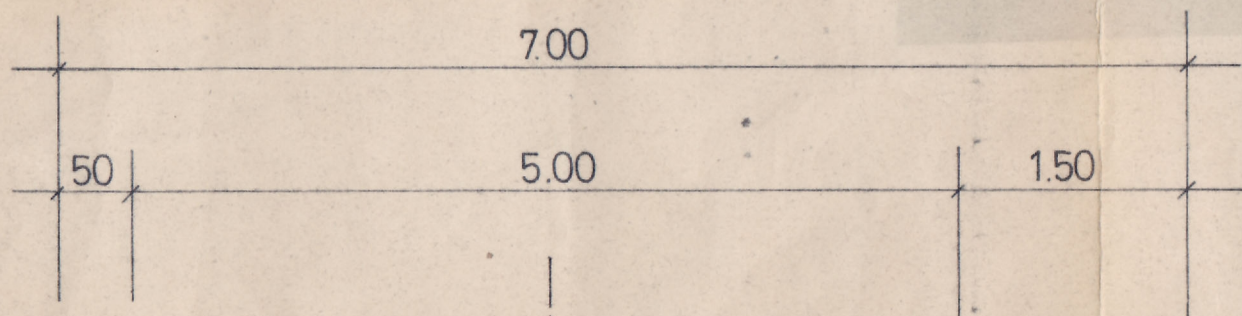
STRASSENQUERPROFIL

STRASSE „A“ M.: 1 : 50



STRASSENQUERPROFIL

STRASSE „B“ M.: 1 : 50



BEBAUUNGSPLAN (SATZUNG)

SCHLEITERNBONGERT II BA.

Benennung des Bebauungsplanes

GEMEINDE SCHMELZ, ORTSTEIL LIMBACH

der Gemeinde

DIE AUFSTELLUNG DES BEBAUUNGSPLANES „SCHLEITERNBONGERT“ II BA. UND DIE ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES „SCHLEITERNBONGERT“ I BA. IM SINNE DES § 30 BUNDESBAUGESETZ (BBAUG) VOM 23. JUNI 1960 (BGBl. S. 341) SOWIE IN DER NEUFASSUNG DES BUNDESBAUGESETZES (BBAUG) VOM 18. AUGUST 1976 (BGBl. I S. 2256) GEMÄß § 2 ABS. 1 DIESES GESETZES WURDE IN DER SITZUNG DES GEMEINDERATES VON SCHMELZ AM 21.02.1979 BESCHLOSSEN. DIE ORTSÜBLICHE BEKANNTMACHUNG ÜBER DEN BESCHLUß DES GEMEINDERATES ZUR AUFSTELLUNG UND ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES ERFOLGTE AM 10.03.1979.

BEDINGT DURCH DIE GEPLANTE VERKEHRSANBINDUNG DES BEBAUUNGSPLANES „SCHLEITERNBONGERT“ II BA. AN DIE VORHANDENE VERKEHRSFLÄCHE STELLEN NR. 3, 4 UND 5 GEÄNDERT WERDEN.

DER GELTUNGSBEREICH DER ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES „SCHLEITERNBONGERT“ I BA. IST BESONDERS FARBLICH DARGESTELLT.

DIE ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES „SCHLEITERNBONGERT“ I BA. WIRD GLEICHZEITIG MIT DEM PLANVERFAHREN DES BEBAUUNGSPLANES „SCHLEITERNBONGERT“ II BA. RECHTSVERBINDLICH.

Festsetzungen gemäß § 9 Absatz 1 und 7 des Bundesbaugesetzes

1. Geltungsbereich des Bebauungsplanes	SIEHE ZEICHNUNG
2. Art der baulichen Nutzung	
2.1 Baugebiet	ALLGEMEINES WOHNGEBIET § 4 DER BAUNVO
Es gilt die Bau NVO vom 15.9.1977 (BGBl. S. 1757)	
2.1.1 zulässige Anlagen	SIEHE § 4 ABS. 2. BAUNVO: WOHNGEBÄUDE, WOHNGEBÄUDE DÜRFEN NICHT MEHR ALS ZWEI WOHNUNGEN HABEN, DIE DER VERSORGUNG DES GEBIETES DIENENDEN LÄDEN, SCHANK- UND SPEISWIRTSCHAFTEN SOWIE NICHT STÖRENDE HANDWERKSBERIEBE, ANLAGEN FÜR KIRCHLICHE, KULTURELLE, SOZIALE U. GESUNDHEITLICHE ZWECKE
2.1.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen	§ 4 ABS. 3 DER BAUNVO 1 SONSTIGE NICHT STÖRENDE GEWERBEBETRIEBE 2 STÄLLE FÜR KLEINTIERHALTUNG
3. Maß der baulichen Nutzung	
3.1 Zahl der Vollgeschosse	SIEHE ZEICHNUNG
3.2 Grundflächenzahl	SIEHE ZEICHNUNG
3.3 Geschossflächenzahl	SIEHE ZEICHNUNG
3.4 Baumassenzahl	ENTFÄLLT
3.5 Grundflächen der baulichen Anlagen	ENTFÄLLT
4. Bauweise	OFFENE NUR EINZELHÄUSER
5. Überbaubare Grundstücksflächen	SIEHE ZEICHNUNG
6. nicht überbaubare Grundstücksflächen	SIEHE ZEICHNUNG
7. Stellung der baulichen Anlagen	SIEHE ZEICHNUNG
8. Mindestgröße der Baugrundstücke	600 m ²
9. Mindestbreite der Baugrundstücke	20,00 m
10. Mindesttiefe der Baugrundstücke	25,00 m
11. Flächen für Nebenanlagen, die aufgrund anderer Vorschriften für die Nutzung von Grundstücken erforderlich sind:	ENTFÄLLT
11.1 Spiel-, Freizeit- und Erholungsflächen	ENTFÄLLT
11.2 Flächen für überdachte Stellplätze und Garagen sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken.	INNERHALB DER ÜBERBAUBAREN GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN, SIE KÖNNEN AUCH AN DER NACHBARGRENZE ERRICHTET WERDEN.
11.3 Flächen für nicht überdachte Stellplätze sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken	ENTFÄLLT
12. Höhenlage der baulichen Anlagen (Maß von OK, Straßenkrone, Mitte Haus bis OK, Erdgeschossfußboden.	NACH BESONDERER ÖRTLICHER EINWEISUNG
13. Flächen für den Gemeinbedarf.	ENTFÄLLT
14. Überwiegend für die Bebauung mit Familienheimen vorgesehene Flächen.	GESAMTER GELTUNGSBEREICH
15. Flächen, auf denen ganz oder teilweise, nur Wohngebäude, die mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus gefördert werden könnten, errichtet werden.	ENTFÄLLT
16. Flächen, auf denen ganz oder teilweise nur Wohngebäude errichtet werden dürfen, die für Personengruppen mit besonderem Wohnbedarf bestimmt sind.	ENTFÄLLT
17. den besonderen Nutzungszweck von Flächen, der durch besondere städtebauliche Gründe erforderlich wird.	ENTFÄLLT
18. Flächen, die von der Bebauung freizuhalten sind, und ihre Nutzung	ENTFÄLLT
19. Verkehrsflächen sowie Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung, wie Fußgängerbereiche, Flächen für das Parken von Fahrzeugen, sowie den Anschluß anderer Flächen an die Verkehrsflächen.	SIEHE ZEICHNUNG
20. Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen sowie der Anschluß der Grundstücke an die Verkehrsflächen.	NACH BESONDEREN STRAßENBAUPROJEKT
21. Versorgungsflächen	SIEHE ZEICHNUNG MASTSTATION DER VSE
22. Führung von Versorgungsanlagen und -leitungen	SIEHE ZEICHNUNG 10KV FREILEITUNG
23. Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen, sowie für Ablagerungen.	ENTFÄLLT
24. öffentliche und private Grünflächen, wie Parkanlagen, Dauerkleingärten, Sport-, Spiel-, Zeit- und Badeplätze, Friedhöfe.	ENTFÄLLT
25. Wasserflächen sowie die Flächen für die Wasserwirtschaft, für Hochwasserschutzanlagen und für die Regelung des Wasserabflusses, soweit diese Festsetzungen nicht nach anderen Vorschriften getroffen werden können.	ENTFÄLLT
26. Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenschätzen.	ENTFÄLLT
27. Flächen für die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft.	ENTFÄLLT
28. Flächen für die Errichtung von Anlagen für die Kleintierhaltung, wie Ausstellungs- und Zuchtanlagen, Zwinger, Koppeln und dergleichen.	ENTFÄLLT
29. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung der Landschaft, soweit solche Festsetzungen nicht nach anderen Vorschriften getroffen werden können.	ENTFÄLLT
30. Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit eines Erschließungsträgers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastenden Flächen.	SIEHE ZEICHNUNG LEITUNGSRECHT FÜR KANAL
31. Flächen für Gemeinschaftsanlagen für bestimmte räumliche Bereiche wie Kinderspielplätze, Freizeiteinrichtungen, Stellplätze und Garagen.	ENTFÄLLT
32. Gebiete, in denen bestimmte, die Luft erheblich verunreinigende Stoffe nicht verwendet werden dürfen.	ENTFÄLLT
33. Die von der Bebauung freizuhaltenden Schutzflächen und ihre Nutzung, die Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen, zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes, sowie die zum Schutz vor solchen Einwirkungen oder zur Vermeidung oder Minderung solcher Einwirkungen zu treffenden Vorkehrungen.	ENTFÄLLT
34. Für einzelne Flächen oder für ein Bebauungsplangebiet oder Teile davon mit Ausnahme der für land- oder forstwirtschaftliche Nutzungen festgesetzten Flächen.	
a) das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern	DER VORGARTEN IST ALS ZIERGARTEN ANZULEGEN
b) Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern.	
35. Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen und Stützmauern, soweit sie zur Herstellung des Straßenkörpers erforderlich sind.	ENTFÄLLT

AUFNAHME VON
FESTSETZUNGEN ÜBER DIE ÄUSSERE GESTALTUNG DER BAULICHEN ANLAGEN AUF GRUND DES § 9 ABS. 4 DES BUNDESBAUGESETZES IN DER FASSUNG VOM 18. AUGUST 1976 (BGBl. I S. 2256) SOWIE IN VERBINDUNG MIT § 113 ABS. 6 DER LANDESBBAUORDNUNG - LBO VOM 12. MAI 1965.

ENTFÄLLT

AUFNAHME VON
FESTSETZUNGEN ÜBER DEN SCHUTZ UND DIE ERHALTUNG VON BAU UND NATUR -
DENKMALERN AUF GRUND DES § 9 Abs 4 DES BUNDESHAUSEGSETZES IN DER
FASSUNG VOM 18. AUGUST 1976 (BGBl I S. 2256) SOWIE IN VERBINDUNG MIT
§ 113 Abs 2 DER LANDESHAUORDNUNG - LBO VOM 12. MAI 1965

ENTFÄLLT

KENNZEICHNUNG VON FLACHEN GEMASS § 9 Abs 5 BBauG

1. Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche
Vorkkehrungen gegen äußere Einwirkungen
erforderlich sind.

ENTFÄLLT

2. Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherungs-
maßnahmen gegen Naturgewalt erforderlich sind.

ENTFÄLLT

3. Flächen, unter denen der Bergbau umgeht oder die für
den Abbau von Mineralien bestimmt sind.

ENTFÄLLT

NACHRICHTLICHE ÜBERNAHME VON FESTSETZUNGEN GEMASS § 9 Abs 6 BBauG IN DER FASSUNG VOM 18. AUGUST 1976 (BGBl I S. 2256)

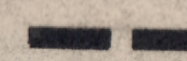
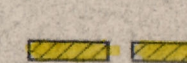




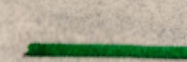
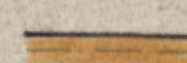

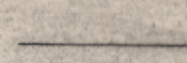
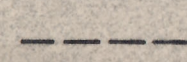
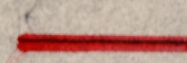
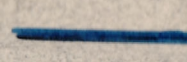
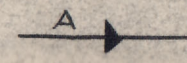

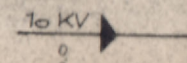

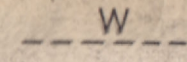
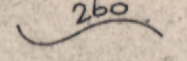
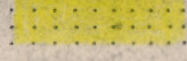

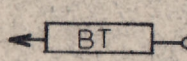
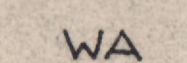
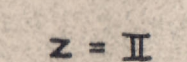
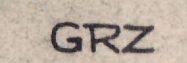
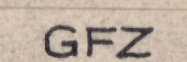
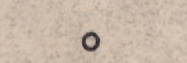
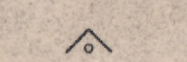
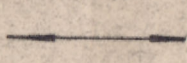




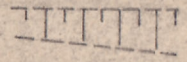

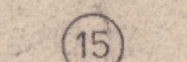

1. GEMÄß SCHREIBEN DES OBERBERGAMTES VOM 23.3.79 AZ. VII 3110/79-51 WIRD HINGEWIESEN, DAB IN DER VERGANGENHEIT BERGBAU UMGING. ES WIRD DES-
HALB EMPFOHLEN BEI AUSSCHACHTUNGSARBEITEN AUF ANZEICHEN ETWAIGEN BERGBAU ZU ACHTEN

2. ANREGUNG DES LANDE SAMTES FÜR WASSERWIRTSCHAFT UND ABRABBESEITIGUNG GEMÄß SCHREIBEN VOM 29. MÄRZ 1979 AZ. NR 1/492/79. SCHA/BLU SOLITE
DAS GRUNDWASSER IM PLANUNGSGEBIET SO HOCH ANSTEHEN, DAB FÜR DIE GEBÄUDE DRAINAGELEITUNGEN ERFORDERLICH WERDEN SO MUß SORGE DAFÜR
GETRAGEN WERDEN, DAB DIESES DRAINAGEWASSER NICHT DER SCHMUTZWASSERKANALISATION ZUGEFÜHRT WIRD.

3.

PLANZEICHEN

NACH DER PLANZEICHENVERORDNUNG VOM :
19. JAN. 1965 u. DIN 18003 - Unmaßstäblich

-  Geltungsbereich des Bepl.
Schleibernbongert I. BA.
-  Geltungsbereich der Änderung
und Ergänzung
-  Geltungsbereich des Bepl.
Schleibernbongert II BA.
-  best. Gebäude
-  gepl. Häuser
-  best. Straßen
-  Straßenbegrenzungslinie
-  gepl. Straßen
-  gepl. Feldweg
-  Grundstücksgrenzen best.
-  " gepl.
-  Baulinie
-  Baugrenze
-  Abwasserkanal
-  Abwasserkanal mit
Leitungsrecht
-  10 KV - Freileitung VSE
-  10 KV - Freileitung mit
Leitungsrecht
-  Wasserleitung
-  Höhengschichtlinie
-  landwirtschaftliche Freifläche
-  Die Sichtfelder sind von jeder
sichtbehindernden Nutzung
und Bepflanzung freizuhalten.
Sträucher, Hecken und Ein-
friedigungen, dürfen eine Höhe
von 0,6 m über Fahrbahn nicht
überschreiten.
-  Bebauungstiefe
-  Allgemeines Wohngebiet
-  Zahl der Vollgeschosse als
Höchstgrenze
-  Grundflächenzahl
-  Geschopflächenzahl
-  offene Bauweise
-  nur Einzelhäuser zulässig
-  Firstrichtung
-  überbaubare Grundstücksfläche
-  nicht überbaubare
Grundstücksfläche
-  Vorgarten
-  Brunnenbohrung
außer Betrieb
-  Böschung
-  Umformerstation (Maststation)
-  Baustellennummer
-  Bäume zu pflanzen

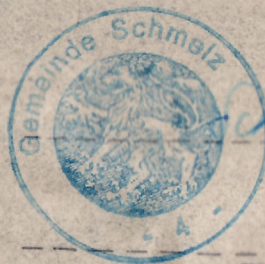
Dieser Bebauungsplanentwurf hat mit
der Begründung gemäß § 2a Abs 6
BBauG für die Dauer eines Monats in
der Zeit vom 12.2.79 bis einschl. 11.10.79
zu jedermanns Einsicht öffent-
lich ausgelegt. Ort und Dauer der
Auslegung wurden am 8.2.79 mit
dem Hinweis ortsüblich bekanntgemacht,
daß Bedenken und Anregungen
während der Auslegungsfrist vor-
gebracht werden können.



den 26.11.79
I. V. Treny
1. Beigeordneter
Bürgermeister

Der Gemeinderat Schmelz
hat am 8.11.79 den Bebauungsplan
gemäß § 10 BBauG als Satzung -

BESCHLOSSEN



den 26.11.79
I. V. Treny
1. Beigeordneter
Bürgermeister

Dieser Bebauungsplan wird gemäß
§ 11 BBauG - mit der in der Verfügung AZ. D/6 -
7240/79 D/18c vom 12.2.1980 enthaltenen Auflage

GENEHMIGT

Saarbrücken, den 12.02.80

Der Minister für Umwelt, Raumordnung und
Bauwesen

SÄARLAND
Der Minister
für Umwelt, Raumordnung
und Bauwesen

I. A. Mürken
(Würker)
Diplom-Ingenieur

Die Genehmigungsverfügung des Herrn
Minister für Umwelt, Raumordnung und
Bauwesen vom 12.02.80 ist am 22.03.80
gemäß § 12 BBauG ortsüblich bekannt-
gemacht worden; mit dem Hinweis auf
Ort und Zeit der öffentlichen Auslegung
des Bebauungsplanes und der Begründung.
Mit dieser Bekanntmachung wurde der
Bebauungsplan -

RECHTSVERBINDLICH

Schmelz den 24.03.80
Gemeinde Schmelz
Bürgermeister

DER LANDE... LANDKREIS SAARLOUIS
KREISBAU- u. PLANUNGSSTELLE

GEBIET: SCHMELZ OT.: LIMBACH

BEBAUUNGSPLAN

"SCHLEIBERNBONGERT" II BA

Maßstab: 1 : 500

Gezeichnet: JUNGMAN

Gezeichnet: Kewer

Abgeschlossen: den 2.1.1979

LIESEN
BAUBERRAT

4x